

Koloniales Erbe mit Langzeitwirkung

Der Nordosten Indiens (Teil I)

Von Thomas Schmitt

Wie ein roter Faden durchzieht der ethnisch motivierte „Freiheitskampf“ diverser Separatistengruppen die politische Geschichte der Nordostregion. Mit Routine und höchster Präzision attackieren bewaffnete Kampfeinheiten, beispielsweise der *United Liberation Front of Assam* (ULFA), des *National Socialist Council for Nagaland* (NSCN) oder der *National Democratic Front of Bodoland* (NDFB), seit Jahrzehnten Bahnhöfe, Eisenbahnverbindungen, Ölpipelines und Polizeistationen, um auf den ökonomischen „Raubbau“ durch die Zentralregierung und die als „Überfremdung“ empfundene Zuwanderung anderer Bevölkerungsgruppen in die Region aufmerksam zu machen.

Am 26. August 2004 detonierten in Assam sieben Sprengsätze. Fünf Menschen wurden getötet und über hundert verletzt. Nach offiziellen Angaben waren schon am 15. August 2004 bei einem weiteren Anschlag im abgelegenen Dhemaji-Distrikt ebenfalls 13 Menschen getötet und 21 verletzt worden. Gerade der Bombenanschlag am indischen Unabhängigkeitstag (15.8.) kam jedoch nicht unerwartet. Bereits eine Woche zuvor hatten insgesamt acht Separatistenorganisationen via E-Mail zum 24-stündigen Genralstreik und zum Boykott der indienweiten Feierlichkeiten aufgerufen.

Alltäglicher Terror

Niemand scheint mehr wirklich davon überrascht zu sein, am wenigsten die zahlreichen, an strategischen Punkten in hoher Zahl postierten Sicherheitskräfte, dass die verheerenden Attacken immer wieder gezielt an bedeutenden, die nationale Einheit Indiens symbolisierenden Tagen durchgeführt werden. Wer letztlich genau hinter den einzelnen Anschlägen steckt, bleibt meist im Dunkeln. Häufig tauchen gleich mehrere Bekennerschreiben auf und gestalten die Suche nach den eigentlichen Urhebern entsprechend schwierig.

Zu undurchschaubar und komplex ist die Gemengelage, als dass sie auf einfache Feindbilder reduziert werden könnte. Des Einen „Freiheitskämpfer“ ist des Anderen Terrorist. Dennoch sind Journalisten und Politiker häufig mit einfachen Erklärungen und Schuldzuweisungen bei der Hand. Damit aber leisten sie einem Bild der Nordostregion Vorschub, welches die periphere Grenzregion in den Augen des unkundigen Betrachters als noch gefährlicher, noch zerütteter und noch unkontrollierbarer erscheinen lässt, als sie es ohnehin schon ist.

Deshalb soll im Folgenden ein Überblick über die Bedingungen und Faktoren der vielfältigen Konflikte gegeben werden, durch das ein explosives Gemisch aus Überfremdungsängsten und gegenseitiger kultureller sowie sozialer Diskriminierung entstand, das schließlich zur Gründung einer schwer überschaubaren Anzahl militanter Gruppen führte. Dabei wurden die den Konflikten zugrundeliegenden Ursachen und die daraus resultierenden Probleme von der Zentralregierung offensichtlich bis heute nicht erkannt. Ebenso wenig scheint die Zentralregierung zu erkennen, dass sich diese Ursachen auch in der Zukunft als wirkungsmächtig erweisen werden, wenn sie weiterhin auf eine einfache Politik der militärischen Stärke setzt.

Kulturelle und ethnische Peripherie

Der spezifische Charakter einer durch ein geringes Entwicklungsniveau und ein großes Maß an Heterogenität gekennzeichneten Nordostregion hat früh seinen Niederschlag in der Herausbildung unterschiedlicher regional-kultureller Identitäten und politisch-ethnischer Orientierungen gefunden, die sich vom restlichen Indien maßgeblich unterscheiden. Eine enorme Sprachenvielfalt, ein hoher Anteil höchst unterschiedlicher ethnischer Gruppen, deren lang andauernde geographische Isoliertheit, sowie die von der britischen Kolonialmacht betriebene Politik in der Region waren und sind noch immer die Kernpunkte der Auseinandersetzungen. Bereits zur Kolonialzeit setzte eine folgenschwere Entwicklung ein, bei der in großer Anzahl Arbeitskräfte aus Nordindien für die Bestellung von Teeplantagen angeworben und viele ansässige assamesische sowie indigene Bauern von ihrem Land verdrängt und zu landlosen Arbeitern und Tagelöhnern degradiert wurden. Ihnen folgten bis heute Millionen bäuerliche Siedler aus West-Bengalen sowie Armutsflüchtlinge aus Bangladesch, die die ursprünglich dort ortsansässige Bevölkerung (indigenen Ethnien) weiter in die unwirtschaftlichen

Gebiete abseits des Brahmaputra-Flusses abdrängten. Ein weiterer Faktor war, dass die von den britischen Kolonialherren zum Aufbau einer effizienteren Verwaltung ebenfalls in hoher Zahl ins Land gebrachten Bengalen mit den einheimischen Eliten um die wenigen Stellen in Bürokratie, Erziehungs- und Gesundheitsapparat konkurrierten und bei den Assamesen ein Gefühl der „bengalischen Dominanz“ im eigenen Land entstehen ließen. Ein Zustand, der bis heute anhält.

Koloniale Erbschäden

Die Nordostregion insgesamt verblieb lange als territoriale Einheit im Unionsstaat Assam. Erst spät wurden die von der Kolonialmacht verursachte ökonomische und gesellschaftliche Umgestaltung und die sich daraus ergebenden Gegensätze zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen als Probleme erkannt. Schritt für Schritt wurden zunächst Nagaland (1963), dann Meghalaya und Tripura (1972), als auch Arunachal Pradesh und Mizoram (1987) aus dem kolonialen Assam herausgelöst. Die Staatswerdung Bangladeschs (1971) sowie der anhaltend hohe Bevölkerungsdruck in Westbengalen hatten die territoriale Reorganisation der Region zusätzlich erschwert. Sie entwickelte sich schnell zum Spielball politischer Scharfmacher. Gleichzeitig mit der Erlangung der Unabhängigkeit wurde in Assam eine in Indien einzigartige ethno-linguistische Politik betrieben: Die von Assamesen dominierte lokale Kongress-Partei (CP) begann sich als „masters in their own house“ zu präsentieren und nutzte ihre politische Gestaltungsmacht, um die assamesisch sprechende Bevölkerung Assams besser zu stellen. Sie investierte einen nicht zu unterschätzenden Anteil des Bundeshaushaltes in den Ausbau von (assamesischen) Schulen und andere Bildungseinrichtungen. Vor allem auf politischen Druck der *All Assam Students Union* (AASU) und einer aus sieben Gruppen bestehenden Sammlungsbewegung namens *All Assam Gana Sangram Parishad* (AAGSP) musste die assamesische Landesregierung im Jahre 1961 Bengali als Amtssprache abschaffen und Assamesisch als offizielle Landessprache einführen. Dieser Schritt

machte aber die Lage in der peripheren und schwer zugänglichen Region nur noch komplizierter. Die ohnehin gespannten Beziehungen zur bengalischen Bevölkerungsgruppe wurden verschärft, indem eine regional ausgerichtete, ihre kulturelle Identität betonende und bewahren wollende assamesische Mittelschicht einseitig gefördert wurde.

„Assam den Assamesen“

Aus Sicht der Zentralregierung in Delhi hatte sich die territoriale Reorganisation nach Sprachprovinzen bei dem noch immer geringen Grad an infrastruktureller Anbindung in Assam als unzureichend erwiesen. Den unerfüllten Forderungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen nach einer ihrer jeweiligen Besonderheit Rechnung tragenden Integration in den indischen Staatsverband wurde nicht, oder vielmehr zu spät, entsprochen. Der Unmut darüber gipfelte schließlich 1979 in einer groß angelegten „Kampagne gegen Fremde“. Träger der Kampagne, jedenfalls nach außen, waren die Studenten der AASU und die AAGSP, die sich nun gemeinsam für eine noch stärkere Beteiligung der eigenen Bevölkerung an der Nutzung der natürlichen Tee-, Öl-, und Holzressourcen und gegen die „Überfremdung“ durch Einwanderer zu formieren begannen. Um die „nationale Identität“ Assams bzw. der Assamesen zu wahren, sollten die zu großen Teilen auch illegal eingewanderten „Fremden“ deportiert und eine weitere Zuwanderung unterbunden werden. Die Söhne und Töchter der „Scholle“ wollten keine „Fremden“ als „Fünfte Kolonne“ inmitten von Assam dulden.

Geburtsstunde der ULFA

Im allgemein aufgeheizten politischen Klima begannen zunehmend extremistische Gruppierungen die Oberhand zu gewinnen. Mitte der 80er Jahre konnte so eine Terrorgruppe in den Mittelpunkt des politischen Geschehens rücken, welche lange ein Schattendasein im Rücken der AASU geführt hatte: Die *United Liberation Front of Assam* (ULFA). Seitdem richtet sich der Terror der ULFA gegen Politi-

ker, Beamte, Industrielle sowie eingewanderte Kaufleute aus Bihar und fordert einen von Indien gänzlich unabhängigen Staat. Unter der assamesischen Bevölkerung genossen solche Terrorakte zu Beginn hohes Ansehen, glaubte man doch, dass solche Aktionen zum „Wohle aller Assamesen“ durchgeführt würden. Mittlerweile rufen die AAGSP, wie auch die geläuterte AASU zur Selbstverteidigung gegen die Übergriffe der ULFA auf. Die Bundesstaaten – wie auch die Zentralregierung – greifen ebenfalls zu drastischen Gegenmitteln und haben mit der S-ULFA (*surrendered*) eine Gegen-Terrororganisation aus ehemaligen ULFA-Kadern geschaffen, die die reguläre Armee, paramilitärische Kräfte und Polizeieinheiten in ihrem schier aussichtslosen Kampf gegen die extremistische ULFA unterstützen soll.

Ausweitung des Konflikts

In den frühen 1980er Jahren sah es zunächst danach aus, als könne die AASU mit ihrer gegen „Fremde“ geführten Agitation alle „heimischen“ Bevölkerungsgruppen Assams vereinigen und dazu bringen, sich als Assamesen zu identifizieren. Jedoch verschärfte sich nach und nach auch die Spannungen mit der indigenen Bevölkerungsgruppe der *Bodo-Kacharis*. Dreh- und Angelpunkt der Auseinandersetzung war und ist das Landproblem. Obwohl Vereinbarungen bzw. Verbote aus britischer Zeit existierten, befindet sich bis heute ein Großteil des ehemaligen Bodoland im Besitz von bengalischen Moslimen.

Ende der 1980er begann die *All Bodo Students Union* (ABSU) mit Massenkundgebungen, die Schaffung eines eigenständigen Bodo-Gebietes einzufordern. Mit dem Slogan „*Divide Assam fifty-fifty*“ setzte man die Landesregierung unter enormen Druck. Die Bodo-Intellektuellen vertraten die Ansicht, dass sich die Bevölkerungsgruppe der Bodos in Assam nicht sicher fühlen könne, da sowohl die ULFA, als auch die AASU und die AAGSP den Unionsstaat für sich vereinnahmen wollten. Bemerkenswerterweise hatten die Bodo-Führer noch während der „Kampagne gegen Fremde“ mit der AASU zusammengearbeitet, um gegen die

vermeintliche kulturelle Vorherrschaft der Bengalen und für mehr Autonomierechte gegenüber der Zentralregierung einzutreten. Jetzt kehrten die Bodos die von der AASU initiierte Agitation gegen diese selbst um. Hatte die AAGSP noch die Zentralregierung als „neuzeitliche Kolonialmacht“ gebrandmarkt, hielten die Bodo-Intellektuellen ihnen jetzt den Spiegel vor und konfrontierten sie ihrerseits mit dem Vorwurf, eine koloniale Politik zu verfolgen.

Die Bodolandbewegung


Mit der Gründung der separatistischen *Bodo Security Force* (BSF) und der *National Democratic Front of Bodoland* (NDFB) trat die primär anti-assamesische Bewegung in eine neue Phase. Stand zu Beginn der 80er Jahre noch die Schaffung eines *tribal homeland* im Vordergrund, wurde mit der Gründung von bewaffneten Kampfverbänden deutlich, dass es sich ausschließlich um eine Bewegung der Bodos handelte. Lange war die Regierung von Assam nicht bereit, den Bodos gegenüber Konzessionen zu machen. Erst mit dem 1993 verfassten „*Bodo Accord*“ wurde ihnen eine, dem sechsten Anhang der indischen Verfassung vergleichbare, „Autonomieregelung“ angeboten. Vorgeesehen war eine autonome Verwaltung für die Gebiete einzurichten, in denen die Bodos mindestens fünfzig Prozent der Bevölkerung stellten. Mit dem eilig eingesetzten „*Bodoland Autonomous Council*“ (BAC) war das Problem jedoch noch nicht gelöst. Zu uneinheitlich war das heutige Siedlungsgebiet der Bodos, als dass es gemäß der Gebietsansprüche der Bodo-Hardliner einer eigenen Verwaltung unterstellt werden könnte. Bis auf wenige zentrale Siedlungsflächen musste das Gebiet mit Assamesen, Bengalen oder Stammesangehörigen der Santhal geteilt werden. Was folgte, waren Angriffe auf Dörfer und Siedlungen in den Distrikten, die mehrheitlich von Nicht-Bodos bewohnt wurden. Ziel der andauernden Übergriffe ist es, die Bevölkerungsstruktur so zu verändern, dass die Distrikte gemäß den Bestimmungen des „*Bodo Accord*“ Teil des autonomen Bodo-Gebiets werden. Die NDFB versucht weiterhin mit aller Härte, die assamesische

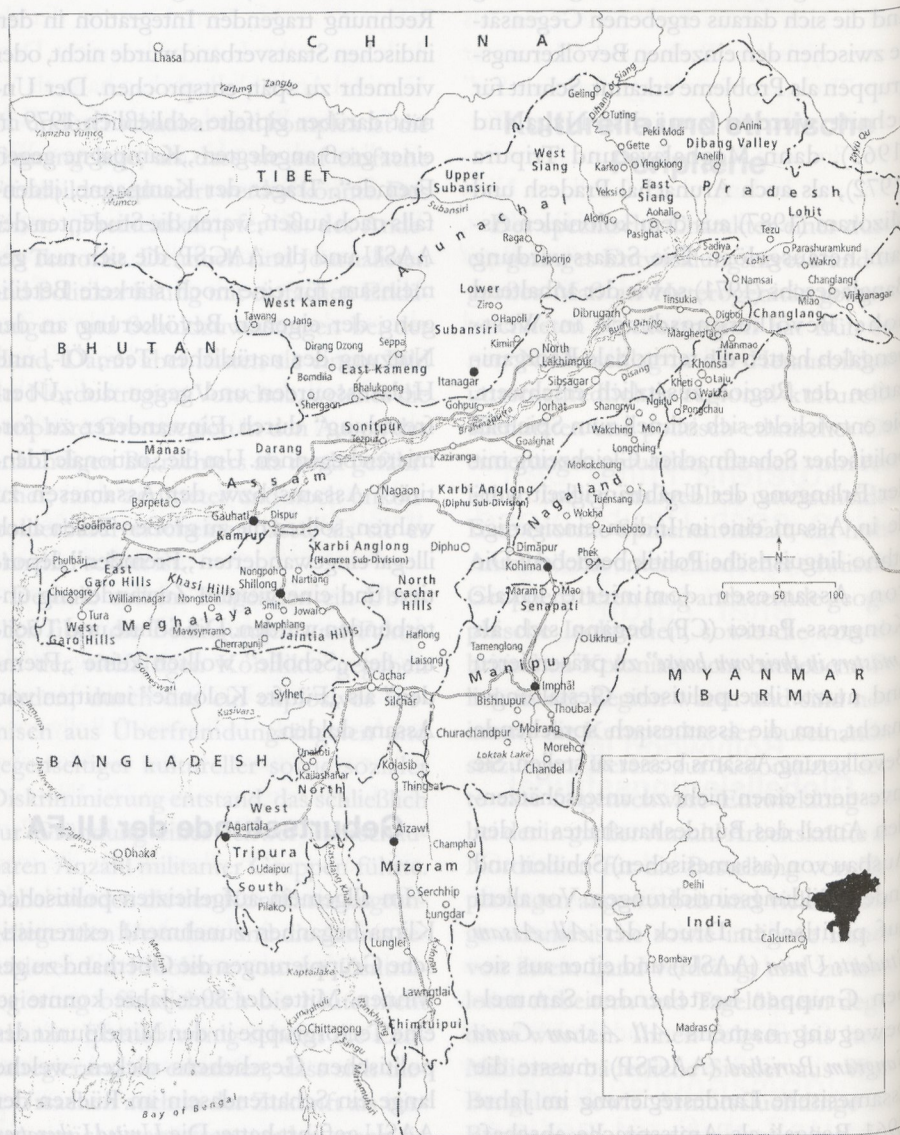
Landesregierung auf ihre Linie zu zwingen. Diese wiederum spielt die Ansprüche der Bodos gegen die Rechte der ebenfalls dort ansässigen Bevölkerungsgruppen aus. Opfer der gewaltsamen Auseinandersetzung sind die oft seit Generationen in den beanspruchten Siedlungsgebieten lebenden Bengalen, Assamesen und zugewanderten Stammesgruppen aus anderen Regionen Nordindiens.

Beginn eines Flächenbrands

Die prekäre Situation in Assam reduziert sich indessen nicht alleine auf die geographischen Grenzen des Unions-

staats, sondern sie ist bereits auf die benachbarten Unionsstaaten übergesprungen. Die Interessenkonflikte zwischen den diversen ethnischen Gruppen führten dort nicht nur zur Ausrufung von „Stammesstaaten“. Der so genannte Kampf um mehr Autonomie ist tatsächlich ein mit gewaltsamen Mitteln ausgetragener Macht-, Ressourcen- und Identitätskonflikt, der die Handlungsfähigkeit der politischen Führung in der Region lähmt und dringend benötigte Ressourcen an einen teuren Antiterrorkampf fesselt.

Der Beitrag wird im Heft 4/2004 fortgesetzt. 



Der Nordosten Indiens (SÜDASIENS, Archiv)